

Petra Haustein · Susanne Freund

unter Mitarbeit von Felicitas Berte · Anna Lokteva ·

Leonie Peuker · Natalie Reum · Jannine Schramm

»Gedenkstätten heute. Eine gesellschafts- politische Standort- bestimmung«

Werkstattbericht

Ein Projekt des Fachbereichs Informations-
wissenschaften der Fachhochschule Potsdam in
Kooperation mit dem Netzwerk Zeitgeschichte



»In einer vielfach im Umbruch befindlichen [...] Erinnerungskultur stellt sich heute auch die Frage, ob die Gedenkstättenarbeit einer Neuorientierung bedarf. Ist das Selbstverständnis noch auf der Höhe der Zeit? Oder gar: Wozu und wie lange brauchen wir diese Bildungseinrichtungen noch?«¹

Diesen Impuls setzte Harald Schmid im Rahmen einer Gedenkstättenkonferenz vor rund zehn Jahren. In Anlehnung an Wolfgang Benz sah er die einst ablehnende Haltung der bundesrepublikanischen Mehrheitsgesellschaft zur (selbst)kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus als Ausgangspunkt der »Gedenkstättenbewegung« – ihre frühere »kritische Funktion« sei jedoch in einer zunehmend »konsensualen Erinnerungskultur« aufgelöst.²

Unser Projekt hat daran angelehnte Fragen zum Ausgangspunkt genommen: Wie werden diese Einschätzung und die Entwicklungen von Gedenkstättenarbeit, ihre gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen durch Gedenkstättenexpert:innen gegenwärtig beurteilt? Welche Spannungen bestehen zwischen öffentlicher Förderung und inhaltlicher Unabhängigkeit? Vor welchen Herausforderungen steht eine kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus heute? Wie tief ist ein kritisches Geschichtsbewusstsein in der Gesellschaft eigentlich verankert und verinnerlicht? Wie können Gedenkstätten auf antidemokratische Positionen und rechtsextreme Ideologien in der Gesellschaft reagieren?

Projektdesign

Angesichts der gesamtgesellschaftlichen Umbruchsituation durch die Hinwendung von Teilen der Bevölkerung ins rechtsextreme Spektrum stehen Gedenkstätten aktuell unter einem besonderen öffentlichen Erwartungsdruck. Einerseits werden von Politik und Gesellschaft hohe Erwartungen an ihre Funktion in der historisch-politischen Bildung, vor allem in den Bereichen Demokratieerziehung, Integrationsförderung und Antisemitismusprävention, gesetzt. Andererseits sorgen die zunehmende Akzeptanz und Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts und die Unterstützung autoritärer Parteien für eine zunehmende Gefährdung und Infragestellung ihrer Arbeit.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht nur Aufgabe, sondern geradezu Pflicht der Hochschulen, im offenen Diskurs mit Studierenden diesen Fragen nachzugehen. Studienangebote wie das im Sommersemester 2024 initiierte Projekt »Gedenkstätten heute – eine gesellschaftspolitische Standortbestimmung« des Fachbereichs Informationswissenschaften der Fachhochschule Potsdam tragen dazu bei zu eruieren, wie politisch Gedenkstättenarbeit heute eigentlich ist bzw. sein sollte und welche Grenzen beim Brückenschlag von Historie zur Gegenwart möglicherweise gewahrt werden müssten.

Das Seminarprojekt wurde im Sommersemester 2024 am Fachbereich Informationswissenschaften in Kooperation mit dem Netzwerk Zeitgeschichte durchgeführt. Sein Ziel bestand darin, das komplexe Thema der Gedenkstättenarbeit im Hinblick auf die Wirkungsmacht historisch-politischer Bildung zu beleuchten. Fünf Studentinnen im 7. Semester des Fachbereichs Informationswissenschaften, Felicitas Bertel (Studiengang Bibliothekswissenschaft), Anna Lektova (Studiengang Informations- und Datenmanagement), Leonie Peuker, Natalie Reum und Jannine Schramm (Studiengang Archiv) befassten sich von April bis November 2024 intensiv mit der gesellschaftspolitischen Rolle und Bedeutung von

Netzwerk Zeitgeschichte

Wir verbinden Gedenkstätten, Forschung und Zivilgesellschaft.

Debatte Brandenburg: Lager in der Nachbarschaft. Der neue Audioguide im Geschichtspark Falkensee 	Kolloquium zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert an der Humboldt-Universität zu Berlin 	Kolja Buchmeier: NS-Zwangslager und die brandenburgische Zivilbevölkerung 	Montagsdebatte „Macht und Erinnerung“ 
Geschichte hat Zukunft – Neuendorf im Sande e.V. 	Grenadierstraße. Zur Geschichte einer Berliner Straße 1919-1945 	Lagerland. Archäologie der Zwangslager des 20. Jahrhunderts in Brandenburg 	Gedenkstätten heute. Eine gesellschaftspolitische Standortbestimmung 
Zwangsarbeit bei den ARADO-Flugzeugwerken – ein interaktiver Rundgang 	Thomas-Peter Gallon: Die getöteten Italiener von Treuenbrietzen 	Forschungskolloquium zum Nationalsozialismus und zum Rassismus 	Erinnerungsorte des Nationalsozialismus 
			Mareike Otters: Visuelle Ordnungen des Eigenen und des Anderen 

Website der Initiative Netzwerk Zeitgeschichte

© Petra Hausteijn

Gedenkstätten im bundesweiten Überblick sowie den Herausforderungen und Grenzen ihrer pädagogischen Arbeit. Dafür eigneten sich die Studentinnen unter Anleitung die Methodik der Interviewführung und Fragebogenerstellung an und stimmten einen individuellen Interviewleitfaden und Fragebogen mit den Projektverantwortlichen ab.

Das Projekt umfasste mehrere Schritte. Ausgehend von der gesellschaftspolitischen Bedeutung von Gedenkstätten in der »alten« Bundesrepublik und der DDR sowie nach der deutsch-deutschen Vereinigung wurde zunächst anhand einschlägiger Literatur der Grundstein für die Entwicklung eigener Fragestellungen und die Recherche gelegt. Mit dem analytischen Ziel einer Standortbestimmung aktueller Gedenkstättenarbeit stand die Recherche der Studentinnen mittels Expert:inneninterviews³ sowie einer Befragung ausgewählter Gedenkstätten im Mittelpunkt.

Die insgesamt neun teilweise in Unterpunkte differenzierten Fragen bezogen sich u. a. auf das besondere Potenzial von Gedenkstätten im

Unterschied zu anderen Bildungseinrichtungen, den Umgang mit politischen Erwartungshaltungen im Bereich der Demokratiestärkung und den Kampf gegen Rechtsextremismus. Nicht zuletzt richtete sich das Interesse auf Möglichkeiten der Einbeziehung einer interessierten Öffentlichkeit in die Gedenkstättenarbeit sowie auf gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen in Hinblick auf unsere Einwanderungsgesellschaft.

Ihre Interviewpartner:innen fanden die Studentinnen in der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen und in der Gedenkstätte Opfer der Euthanasie-Morde. Des Weiteren erhielten sie instruktive Führungen in beiden Einrichtungen und führten Hintergrundgespräche mit der Historikerin und Publizistin Anette Leo sowie der Leiterin des Zentrums zur Geschichte Kiels im 20. Jahrhundert Sabine Moller als Wissenschaftlerin, die sich intensiv mit familiären Tradierungen in Ost- und Westdeutschland auseinandergesetzt hat. Mit Versendungen des Fragebogens an die Gedenkstätte Buchenwald und Mittelbau Dora, die Mahn- und Gedenk-

stätte Ravensbrück, die Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft, die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße sowie die KZ-Gedenkstätte Dachau, die KZ-Gedenkstätte Neuengamme, die KZ-Gedenkstätte Flossenbürg und die Gedenkstätte Bergen-Belsen wurden mehrere Gedenkstätten einbezogen. Der Adressatenkreis wurde bewusst sowohl in ost- als auch in westdeutschen Bundesländern gewählt, da die Studentinnen eine Engführung auf den ostdeutschen brandenburgischen Kontext vermeiden wollten. Rückmeldungen mit detaillierten Antworten erfolgten mit einer Ausnahme von allen angeschriebenen Einrichtungen. Mit dieser Gedenkstätte wurde anstelle des Fragebogens ein Gespräch geführt.

Die Lehrveranstaltung baute auf den Aktivitäten des Netzwerks Zeitgeschichte⁴ auf, das sich als Scharnierstelle zwischen Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Kultur und Politik versteht und Gedenkstättenarbeit in Brandenburg fördert. Das Projekt kam aufgrund einer vergangenen Kooperation der Seminarleiterinnen im Kontext gewerkschaftlicher politischer Bildung zustande und des Impulses, die brandenburgische Hoch- und Fachhochschullandschaft über die Zusammenarbeit mit der Humboldt-Universität zu Berlin als Bündnispartner des Projekts verstärkt in die Netzwerkarbeit einzubeziehen.

Im Laufe des Projekts erörterten die Studentinnen zentrale Themen und Debatten aus der Geschichte und Arbeit von Gedenkstätten und verknüpften sie mit Impulsen aus Gesprächen und Umfragen, um eine aktuelle Standortbestimmung vorzunehmen. Im Folgenden werden zentrale Diskussions- und Forschungsschwerpunkte zusammengefasst.

Forschungsschwerpunkt: Über das besondere Potenzial historischer Orte

Im Rahmen unseres Projekts widmeten wir uns der Frage, welches besondere Potenzial historischen Orten im Kontext der Gedenkstättenarbeit zukommt. Im Zentrum standen dabei die Erwartungen, die gesellschaftlich wie politisch

an diese Orte herangetragen werden, ebenso wie die Anforderungen, die sich aus ihrer Nutzung für historisch-politische Bildungsarbeit ergeben. Für den Fachbereich Informationswissenschaften war darüber hinaus besonders relevant, wie sich authentische Orte im Verhältnis zur klassischen Archivarbeit verorten lassen: Welche Art von Quellen stellen sie dar? In welcher Weise ermöglichen sie Zugänge, die über Schriftstücke oder Bilder hinausgehen?

Die vermeintliche Gewissheit, was an historischen Orten – im Unterschied etwa zum Klassenzimmer oder Museumsbesuch – erfahren und gelernt werden könne, wurde in den Gesprächen mit Expert:innen als gängige Annahme insbesondere auf politischer Seite beschrieben. Deutlich wurde in mehreren Interviews, dass angesichts zunehmender Demokratieverdrossenheit sowie der steigenden Popularität von rechten Parteien, von Rassismus und Antisemitismus, der Ruf nach obligatorischen Gedenkstättenbesuchen reflexhaft laut werde. Das besondere Potenzial solcher Besuche wurde von den Gesprächspartner:innen dabei keineswegs infrage gestellt – im Gegenteil: Es bestand Einigkeit darüber, dass diese Orte in besonderem Maße Zeugnis über historisches Geschehen ablegen können. Zugleich betonten viele der Interviewten, wie wichtig ein differenzierter Blick auf Möglichkeiten und Grenzen dieses Potenzials sei. So könne zwar an ehemaligen Gefängnissen, Lagern, Tötungsorten oder Verwaltungsgebäuden Geschichte in einer Weise greifbar werden, die im Schulunterricht nur schwer vermittelbar sei – jedoch bedürfe es einer Kontextualisierung. In den Gesprächen wurde in diesem Zusammenhang die Frage nach den »Umgebungsgesellschaften« als zunehmend relevant hervorgehoben – also nach dem Verhalten der lokalen Bevölkerung angesichts der unmittelbar vor Ort begangenen Verbrechen. Hier, so einige Interviewpartner:innen, lasse sich lokale und regionale mit der gesamten Historie von Diktatur verbinden.

Auch im Hinblick auf die Materialität der Orte wurde in den Gesprächen wiederholt ein



Fragebogen des Projekts »Gedenkstätten heute«

© Petra Haustein

Forschungsschwerpunkt: Über den Umgang mit »mehrfacher Vergangenheit«

Im Verlauf ihrer Recherche interessierten sich die Studentinnen unter dem Eindruck des Interviews mit der Historikerin Annette Leo, Beraterin und Begleiterin der Entwicklungen der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten seit Anfang der 1990er-Jahre, besonders für den Umgang mit der komplexen Geschichte an Orten mit sogenannter mehrfacher Vergangenheit als nationalsozialistisches Konzentrationslager, sowjetisches Speziallager bzw. Zuchthaus in der DDR. Wir haben daraufhin diesen Themenkomplex unter dem Aspekt aufgegriffen, wie sich die bis heute anhaltenden Divergenzen zwischen Verfolgtenverbänden, aber auch zwischen Gedenkstättenexpert:innen mit jeweiliger Expertise für den Nationalsozialismus einerseits und für die Zeit der sowjetischen Besatzungszone und die DDR andererseits in der historisch-politischen Bildung im Sinne von Demokratiestärkung durch Dissens unter Umständen fruchtbar machen lassen.

Annette Leo berichtete uns im Mai 2024 als in der DDR sozialisierte Nachfahrin jüdischer, kommunistischer Widerstandskämpfer ausführlich über die staatliche Erinnerungskultur in der DDR und als langjähriges Mitglied der Fachkommission der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten über die Auseinandersetzung mit dem DDR-Erbe der Gedenkstätten nach 1990. Anfang Juni besuchten wir die Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen und Anfang Juli 2024 die Gedenkstätte Opfer der Euthanasie-Morde und die Gedenkstätte Zuchthaus Brandenburg. Im Rahmen dieser Besuche erhielt unsere Gruppe Führungen, in denen es auch um die Frage nach dem Umgang mit Interessenskonflikten ging. In mehreren Interviews wurde deutlich, dass es – nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem »Abschied von den Zeitzeug:innen« – um die emotional geführten Debatten der 1990er Jahre ruhiger geworden ist, in denen intensiv darüber gestritten wurde, wie mit der komplexen Vergangenheit an Orten wie Sachsenhausen, Buchenwald, Mittelbau-Dora

besonderer Wert und ein weiteres Potenzial betont. Während Archivarbeit meist auf schriftliche und visuelle Quellen zurückgreift, bieten erhaltene historische Bauten – so die Einschätzung mehrerer Gesprächspartner:innen – »Spuren ganz anderer Art«. Das Wissen der Besuchenden, sich hier am Ort des historischen Geschehens zu befinden, werde zur Chance und Herausforderung zugleich, da aus Filmen, Büchern und anderen Quellen gespeiste Erwartungshaltungen mit tatsächlich (noch) Vorzufindendem kollidierten. So wurde beispielsweise angeführt, der in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern ununterbrochen herrschende Lärm, die Hektik und das Gefühl der Angst seien kaum vermittelbar. Die Studentinnen reflektierten auf dieser Grundlage, dass Bildungsangebote sich im Rahmen zwischen entweder anschlussfähigen oder zu widerlegenden Erfahrungen bewegten. Welche besonderen Möglichkeiten liegen beispielsweise in der Auseinandersetzung mit Exponaten? Mit welchen Erwartungshaltungen der Besuchenden lässt sich arbeiten? Welche bleiben unter Umständen sogar im Verborgenen und teilen sich – wenn überhaupt – nur indirekt mit? Bis zu welchem Grad ist es in einer Gedenkstättenführung möglich, mit dem zu brechen, was die Besucher:innen aus Filmen kennen? Woran genau kann angeknüpft werden und wie genau?

oder Jamlitz-Lieberose als Stätten nationalsozialistischer Konzentrationslager und sowjetischer Speziallager angemessen umzugehen sei.

Zugleich wurde im Laufe des Projekts erkennbar, dass sich heute neue bzw. mit neuer Intensität auftretende politische Spannungen zeigen, insbesondere durch Versuche der politischen Rechten, die Speziallager aus dem Kontext der Entnazifizierung zu lösen und für revisionistische Narrative zu instrumentalisieren. Wie also kann es gelingen, stalinistische Verbrechen als solche zu benennen, ohne zugleich in die Falle einer deutschen Exkulpation zu geraten? Diese Frage stand im Mittelpunkt vertiefter Auseinandersetzungen im Seminar.

In mehreren Interviews wurde deutlich, dass insbesondere in den Gedenkstätten Sachsenhausen und Buchenwald die »zweifache Ortsgeschichte« – also die Nutzung der Orte sowohl als nationalsozialistisches Konzentrationslager als auch als sowjetisches Speziallager – nicht nur im Gedenken getrennt, sondern auch in der Vermittlung weitgehend separiert behandelt wird. Begründet wird diese Trennung, wie Gesprächspartner:innen betonten, mit dem spezifischen Charakter des NS-Terrors, der durch rassistische Verfolgung und systematische Gewalt bis hin zu Folter und Mord geprägt war. Die Nachkriegslager hingegen werden überwiegend als Reaktion auf diese Verbrechen verstanden – als Teil der Entnazifizierungsmaßnahmen, wie sie auch in den westlichen Besatzungszonen stattfanden, etwa zur Internierung von Täter:innen und Parteimitgliedern. Der Unrechtscharakter der sowjetischen Lager werde dabei keineswegs relativiert, so wurde in den Gesprächen mehrfach betont. Gleichwohl überwog aus Sicht unserer Seminargruppe Zurückhaltung, um keinesfalls den Eindruck einer Exkulpation zu erwecken – insbesondere im Hinblick auf Überlebende der Konzentrationslager.

Vor diesem Hintergrund diskutierten die Studentinnen, ob sich das Spannungsverhältnis zwischen beiden Erinnerungsschichten in pädagogische Angebote integrieren ließe. So

überzeugend uns die Argumentation erscheint, die Geschichte der Konzentrationslager und die der sowjetischen Speziallager im Gedenken aufgrund der deutschen Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen getrennt zu behandeln, stellte sich uns dennoch die Frage nach bislang ungenutztem pädagogischem Potenzial. Gerade die Auseinandersetzung mit der »Häftlingsgesellschaft« der Speziallager eröffnet didaktisch relevante Fragen nach Schuld, Verantwortung, individueller Verstrickung und zugleich nach der Herausbildung des stalinistischen Herrschaftssystems – Fragen, die sich in dieser Form an anderen historischen Orten kaum stellen. Auch die in den Interviews mehrfach angesprochene Notwendigkeit, NS-Verbrechen als gesellschaftlich getragenes Unrecht zu thematisieren, erschien uns hier anschlussfähig. Insbesondere über Biografien von Personen, die im Nationalsozialismus geprägt wurden und später unter stalinistischer Verfolgung litten, ergeben sich komplexe, für die Gegenwart aufschlussreiche Fragestellungen: Wie haben sich »ganz normale« Menschen bei undemokratischen Entwicklungen, gesellschaftlichen Ausgrenzungen und angesichts beobachteter Gewalt verhalten? Wie unterschiedlich waren die Wege, die sie in stalinistische Haft führten? Wie ausgeprägt war der Wunsch nach einer freien Gesellschaft? Wie mächtig wirkten nationalsozialistische Moralvorstellungen nach? Im Rahmen des Seminars wurde diskutiert, dass sich die Frage, wie die im Nationalsozialismus verübten Verbrechen möglich wurden, weniger durch die Lebensgeschichten der Verfolgten allein beantworten lässt. Vielmehr, so die gemeinsame Überlegung, erlaubt die Auseinandersetzung mit Prägungen, Mentalitäten, Haltungen, Zielvorstellungen und dem Handeln der Mehrheitsgesellschaft eine Annäherung an diese grundlegende Problematik.

Forschungsschwerpunkt: Gesellschafts-politische Rolle(n) von Gedenkstätten

Im Verlauf des Projekts wurde deutlich, dass sich die Frage nach der gesellschaftspolitischen Funktion von Gedenkstätten heute mit neuer Dringlichkeit stellt. Vor dem Hintergrund wachsender geschichtspolitischer Auseinandersetzungen in Deutschland, Europa und darüber hinaus diskutierten wir im Seminar zentrale Erwartungen, die gegenwärtig an Gedenkstätten herangetragen werden – sei es als Orte der historisch-politischen Bildung, der Mahnung oder als »moralische Instanzen«. Die Gespräche mit Expert:innen zeigten, dass Gedenkstätten heute vor der Herausforderung stehen, ihr Selbstverständnis im Spannungsfeld von historischer Verantwortung, politischer Gegenwart und gesellschaftlicher Teilhabe fortlaufend zu überprüfen und neu auszutarieren.

Ein zentrales Ergebnis der Interviews war die Ablehnung einer instrumentellen Deutung von Gedenkstätten als Orte politischer Bildung. Vielmehr wurden sie von unseren Gesprächspartner:innen als Räume kritischer Auseinandersetzung, des Perspektivwechsels und der aktiven Beteiligung beschrieben. Neue Formen partizipativer Vermittlung, so wurde betont, können dazu beitragen, historisches Wissen breiter in der Gesellschaft zu verankern – insbesondere angesichts sich wandelnder Rezeptionsgewohnheiten und eines zunehmend heterogenen Publikums.

Die Frage, ob Gedenkstätten als »moralische Instanzen« zu begreifen seien, wurde hingegen durchgehend zurückhaltend beantwortet. Zwar wurde ihre besondere Eignung betont, auf gesellschaftliche Fehlentwicklungen aufmerksam zu machen – etwa im Hinblick auf die Wiederkehr von Begriffen aus der NS-Sprache oder die Normalisierung rechtsextremer Positionen –, jedoch besteht Einigkeit darüber, dass ein Wandel von Einstellungen nicht durch punktuelle Bildungsangebote oder verpflichtende Besuche allein zu erreichen sei.

Vor dem Hintergrund aktueller politischer Entwicklungen – insbesondere dem Erstarken

rechtsextremer Kräfte in mehreren ostdeutschen Landtagen und dem bundesweiten Bedeutungsgewinn der AfD – wurde im Seminar intensiv darüber diskutiert, welche realistischen Erwartungen an die Gedenkstättenarbeit überhaupt gestellt werden können. Wenngleich Rechtsextremismus von den konsultierten Expert:innen keineswegs als neues Phänomen beschrieben wurde, stellt der rasante Anstieg der Stimmen für die AfD doch eine aktuelle und besondere Herausforderung für die Gedenkstättenarbeit dar. Die langfristigen Auswirkungen ihres wachsenden Einflusses in den Parlamenten gelten als derzeit kaum absehbar – die Entwicklungen werden jedoch aufmerksam verfolgt und aktiv kommentiert.⁵ Im Seminar bestand breiter Konsens, dass Gedenkstätten rechtsextreme Entwicklungen nicht im Alleingang verhindern können, jedoch ein zentrales Element im gesamtgesellschaftlichen Einsatz für Demokratie, Vielfalt und Menschenrechte darstellen.

Unsere Interviewpartner:innen berichteten übereinstimmend von überhöhten Forderungen seitens der politischen Öffentlichkeit. Zwar deckten sich manche dieser Erwartungen durchaus mit dem eigenen Selbstverständnis, zugleich wurde jedoch die Notwendigkeit betont, politischen Entscheidungsträger:innen die Grenzen gedenkstättenpädagogischer Arbeit deutlich zu machen – etwa die Tatsache, dass Polarisierung und Demokratieverdruss nicht durch einzelne Einrichtungen allein aufzuhalten sind. Mehrfach wurde auf die Gefahr hingewiesen, Gedenkstätten symbolisch zu überfrachten, ohne gleichzeitig die notwendigen finanziellen und strukturellen Rahmenbedingungen bereitzustellen.

Ein eindrückliches Beispiel für gelungene partizipative Ansätze bot der Besuch der Gedenkstätte für die Opfer der Euthanasie-Morde in Brandenburg. Hier wurde uns deutlich, wie durch die frühzeitige Einbindung von Bürger:innen, Stadtgesellschaft und Interessierten in Ausstellungsprozesse neue Wege der Teilhabe eröffnet werden können. Die Studentinnen zeigten sich besonders interessiert an

solchen Formaten, in denen historisches Lernen nicht allein von Institutionen ausgeht, sondern im Austausch mit der Öffentlichkeit entsteht. Auch Fragen von Inklusion und Barrierefreiheit – etwa in der Gedenkstätte Zuchthaus Brandenburg – wurden als zukunftsweisend identifiziert.

Im Seminar bestand Einigkeit darüber, dass die verbreitete Annahme, Gedenkstättenarbeit wirke per se präventiv gegenüber Antisemitismus und Rassismus, kritisch hinterfragt werden müsse. Statt »moralischer Selbstvergewisserung« sei vielmehr ein selbstreflexiver Zugang notwendig, der Gedenkstätten als Orte der Zumutung, Irritation und Diskursöffnung begreift. Auch die Frage nach der »kritischen Funktion« der Gedenkstätten – wie sie Harald Schmid vor über zehn Jahren formulierte – wurde im Lichte aktueller Herausforderungen als dringlicher denn je bewertet.

Ausblick

Die von Harald Schmid aufgeworfene Frage nach einer notwendigen Neuorientierung der Gedenkstättenarbeit stellte im Projekt nicht nur einen theoretischen Ausgangspunkt dar, sondern begleitete auch den gesamten Seminarprozess als leitende Fragestellung. Angesichts des Abschieds von den Zeitzeug:innen, einer sich wandelnden Erinnerungskultur in der Migrationsgesellschaft, neuer Vermittlungsformate sowie knapper Kassen wurde in den Diskussionen deutlich, dass Gedenkstätten heute nicht nur gebraucht werden – sondern vor neuen, erweiterten Aufgaben stehen.

Die Studentinnen hoben insbesondere hervor, dass die eigene forschende Auseinandersetzung – etwa im Rahmen der Interviewarbeit und der Auswertung der Fragebögen – einen Perspektivwechsel ermöglicht habe. Alle Beteiligten empfanden den direkten Kontakt mit Expert:innen, die selbst an der Schnittstelle von Wissenschaft, Gedenkstättenarbeit und Bildungsarbeit tätig sind, als bereichernd.

Im Unterschied zu schulischen Gedenkstättenbesuchen bot das Seminar die Möglichkeit,

»Bei der notwendigen Verteidigung unserer demokratischen Grundwerte und der kritischen Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen sowie bei der Würdigung ihrer Opfer gibt es für die Gedenkstätten keine Neutralität. Wegschauen hilft nicht, denn die Zukunft unserer Demokratie betrifft uns alle.«

sich mit einer eigenständig entwickelten Forschungsfrage aktiv in einen wissenschaftlichen Diskurs einzubringen. Die Studentinnen erlebten auch die Auseinandersetzung mit Spannungsfeldern – etwa zwischen öffentlicher Erwartung und pädagogischen Grenzen, zwischen politischer Funktion und historischer Genauigkeit – als besonders lehrreich.

Insgesamt zeigte sich, dass Gedenkstättenarbeit in der Gegenwart weder abgeschlossen noch einheitlich konzipiert ist, sondern vielmehr als offener, diskursiver Prozess verstanden werden muss. Die in diesem Seminar gesammelten Erfahrungen bestätigen: Es braucht nicht nur politische und gesellschaftliche Unterstützung, sondern auch Räume wie diesen, in denen angehende Fachkräfte die Möglichkeit haben, sich differenziert und kritisch mit Fragen historisch-politischer Bildung auseinanderzusetzen.

Susanne Freund ist seit 1999 in unterschiedlichen Positionen an der Fachhochschule Potsdam beschäftigt und hat seit 2006 die Professur für Archivwissenschaft am Fachbereich Informationswissenschaften inne.

Petra Haustein war von 2008 bis 2022 Referentin für zeitgeschichtliche Erinnerungskultur im brandenburgischen Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur und ist seit 2022 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Netzwerk Zeitgeschichte. Gedenkstätten – Forschung – Zivilgesellschaft, das Kooperationen zwischen Forschung und Erinnerungsorten unterstützt.

www.netzwerk-zeitgeschichte.de

-
- 1 Harald Schmid: *Mehr Gegenwart in die Gedenkstätten! Erinnerungsorte in Zeiten des Memory-Drains und der Entpolitisierung*, in: Gedenkstättenrundbrief Nr. 177/2015, S. 11.
 - 2 Schmid, ebd., S. 12.
 - 3 Die Auswertung erfolgte in Anlehnung an Mayrings Inhaltsanalyse: Philipp Mayring: *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*, Weinheim 2008.
 - 4 www.netzwerk-zeitgeschichte.de
 - 5 Vgl. Pressemitteilung der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten vom 19. Februar 2025 zur Bundestagswahl 2025. »Mit Blick auf den politischen und gesellschaftlichen Rechtsruck werben die Leitungen der anteilig bundesgeförderten KZ-Gedenkstätten in Deutschland für sozialen Zusammenhalt und die Verteidigung einer kritischen Geschichtsbewusstseins«. (Gedenkstättenrundbrief Nr. 217/2025, S. 52).